

Grundgesetzänderung: nicht ohne Klimainvestitionen

2% des BIP für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen

Von entscheidender Bedeutung für den Erhalt von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und Europa bleibt es, die Erderhitzung auf 1,5 Grad, mindestens jedoch deutlich unter 2 Grad, zu begrenzen. Wir müssen jetzt in den Erhalt unserer Lebensgrundlagen investieren, nichts ist so teuer wie unzureichender Klimaschutz.

Aktuell wird eine Grundgesetzänderung durch den alten Bundestag zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Unterstützung der Ukraine diskutiert. Auch wenn wir grundsätzlich eine Weiterentwicklung der Schuldenbremse befürworten, halten wir es für geboten, das Wahlergebnis zu respektieren und die Reform im neu gewählten Bundestag zu beschließen. Unabhängig davon gilt für die Einrichtung von Sondervermögen oder eine andere Reform der Schuldenbremse: **Jede Grundgesetzänderung muss auch die zusätzlichen klimapolitischen Investitionsbedarfe in Höhe von 2% des BIP abdecken.**

Denn aktuell stehen sogar bestehende Klimaschutzprogramme auf dem Spiel: die Entlastung von Wirtschaft und Verbraucher:innen beim Strompreis, die Förderung von erneuerbarer Wärme und Dämmung, klimaneutraler Mobilität und der Umstieg auf grünen Wasserstoff. Denn die Rücklagen im Klima- und Transformationsfonds, der den Großteil dieser Klimaschutzinvestitionen finanziert, sind fast aufgebraucht.¹

2% des BIP – für eine 1,5-Grad-Politik

Deutschland braucht jetzt aber mehr und nicht weniger Investitionen in Klimaschutz, sonst können wir unsere Klimaziele nicht erreichen.² Ein Scheitern wäre nicht nur katastrophal für das Klima, als Konsequenz drohen auch hohe EU-Strafzahlungen in Milliardenhöhe und weitere rechtliche Konsequenzen durch das Bundesverfassungsgericht.³ Das Gelingen des Pariser Abkommens hängt davon ab, dass alle Länder ihre klimapolitischen Selbstverpflichtungen und ihre Zusagen zur internationalen Klimafinanzierung einhalten und schrittweise erhöhen - zu beidem ist Deutschland derzeit nicht in der Lage.

¹ [Institut der Deutschen Wirtschaft](#) (2023) Stellungnahme Bundesfinanzen und KTF- Haushaltsausschuss Deutscher Bundestag.

² [Umweltbundesamt](#) (2024): Aktuelle Treibhausgas-Projektionen.

³ Vgl. Klimabeschluss des BVerfG, BVerfGE 157,30; Es wurden neue Beschwerden eingereicht, siehe hierzu [Greenpeace](#) (2024) Zukunftsklagen.

2% des BIP – denn das Gute muss das Günstigere werden

Nur wenn klimafreundliche Technologien günstiger sind als fossile, kann Klimaneutralität gelingen. Die klimafreundliche Alternative wählen zu können, darf keine Frage des Geldbeutels bleiben. Staatliche Investitionen müssen gezielt dafür sorgen, dass erneuerbare Wärme, E-Mobilität und andere nachhaltige Alternativen die wirtschaftlich attraktivere Wahl sind. Der Ausbau von Infrastrukturen - vom Bahnnetz über Wärmenetze bis hin zur Ladesäuleninfrastruktur - macht das Leben für viele leichter.

2% des BIP bis 2030 – für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft

Während China mit industriepolitischer Strategie und die USA trotz Trump mit Hilfe von Steuerabschreibungen massiv in grüne Infrastruktur investieren, hinkt Deutschland hinterher.⁴ Viele Arbeitsplätze in der Industrie stehen auf dem Spiel. Der Investitionsbedarf für Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit und die Transformation zur Klimaneutralität liegt laut dem Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung insgesamt zwischen 135 und 255 Milliarden Euro jährlich.⁵ Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft⁶ und der Bundesverband der Deutschen Industrie⁷ rechnen mit Investitionsbedarfen in dieser Größenordnung. Private Investitionen sind der Schlüssel und müssen durch zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von mindestens 85 Mrd. Euro jährlich bis 2030, ca 2 % des BIP, angeregt werden.⁸

Klimaschutzinvestitionen im Grundgesetz absichern

Derzeit werden insbesondere zwei Möglichkeiten zur Reform der Schuldenbremse diskutiert: (1) Die Schaffung von Sondervermögen: Hier muss neben einem Sondervermögen Bundeswehr/Ukraine auch die Finanzierung des Klimaschutz zwingend abgesichert werden. Wir plädieren dann für eine eigenständige dauerhafte Verschuldungsmöglichkeit des Sondervermögens Klima- und Transformationsfonds im Grundgesetz in Höhe von jährlich 2% des BIP. (2) Die Erhöhung des möglichen Finanzierungsdefizits nach den Maastricht-Kriterien auf jährlich 3 % des BIP: Wenn der Bundestag diesen Weg wählt, sollte er die Kreditermächtigung so ausgestalten, dass die Investitionen in Klimaschutz und Infrastrukturentwicklung sichergestellt sind. Im Haushalt müssen dafür 2% des BIP garantiert werden, am besten in einem eigenen Sondervermögen (z.B. dem Klima- und Transformationsfonds).

Kommunen realisieren Klimaneutralität vor Ort, z. B. durch den Ausbau des ÖPNV oder den Aufbau von Infrastrukturen für klimaneutrale Wärmenetze. Ihre Leistungsfähigkeit muss dafür ausgebaut werden. Die **Verankerung einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung im Grundgesetz** ist der beste Weg dafür.

⁴ Vgl. [Handelsblatt](#) (2024) Vergleich der Regularien in EU, USA und China; [Institut der deutschen Wirtschaft und Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung](#) (2024) Herausforderungen für die Schuldenbremse; [Bundesverband der deutschen Industrie](#) (2022) Klimapfade nach der Zeitenwende.

⁵ [Expertenrat für Klimafragen](#) (2025) Zweijahresgutachten 2024.

⁶ [Institut der Deutschen Wirtschaft und Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung](#) (2024) Herausforderungen für die Schuldenbremse. Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation.

⁷ [Bundesverband der deutschen Industrie](#) (2024) Standort D mit Investitionen stärken.

⁸ [Dezernat Zukunft](#) (2024) Öffentliche Finanzbedarfe für die Modernisierung Deutschlands.

Übersicht über die Finanzbedarfe

Renommierte Institute und Think Tanks haben umfassende Analysen zu den notwendigen Investitionen für die langfristige Zukunftsfähigkeit Deutschlands durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen die erheblichen Finanzierungslücken, in der Größenordnung von **2 % des BIP**. Der Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung hat eine ganze Reihe von Studien ausgewertet und sieht einen Finanzierungsbedarf von bis zu 2% des BIP.⁹ Auch wenn sich die Methodiken und Berechnungen voneinander unterscheiden und Maßnahmen unterschiedlich gewichtet werden, zeigen verschiedene Studien in einer Gesamtschau die Höhe der Finanzierungslücke der nächsten Jahre auf. Agora Energiewende fasst zusammen: "Der öffentliche Mittelbedarf beläuft sich bis 2030 auf etwa 2 Prozent des BIP pro Jahr."¹⁰

Jährliche Bedarfe bis 2030	Investitionslücke in Mrd.€ ¹¹
Bund	
Klimageld	0 – 10,0
Senkung Stromsteuer	3,0 – 4,5
Senkung Netzentgelte	6,0 – 12,0
EEG	13,1 – 18,0
H2-Erzeugung und Import	0,0 – 3,0
Industrie Transformation	3,0 – 10,0
Industrie Strompreiskompensation	3,6 – 4,0
Gebäudesanierung inkl. Heizungswechsel	17,0 – 18,0
Wärmenetze	3,0 – 4,0
Bahn	5,3 – 10,0
E-Mobilität inkl. Ladeinfrastruktur	0,6 – 10,0
Natürlicher Klimaschutz & Naturschutz	1,0
Eigenkapital Energieinfrastrukturen und Energieforschung (Strom, Fernwärme)	5,0 – 10,0
Länder & Kommunen	
Gebäude	3,3 – 5,0
ÖPNV (alternativ als Bundeszuschuss)	5,0 – 6,0
PKW und Radinfrastruktur	0,0 – 2,6
Natürlicher Klimaschutz & Naturschutz	2,0 – 3,0
Internationales	
Einhaltung der deutschen Zusagen für internationalen Klimaschutz- und Biodiversitäts-Finanzierung. ¹²	3,0
Jährlicher Gesamtbedarf (Durchschnittswert)	105,5
Voraussichtliche überschlägige CO2-Preis-Einnahmen	20,0
Jährliche Finanzierungslücke	85,5
Bruttoinlandsprodukt Deutschland 2024: 4.305,3 Mrd. Euro	Rund 2% des BIP

Kontakt von GermanZero: Emmanuel Schlichter
E-Mail: emmanuel.schlichter@germanzero.de

⁹ [Expertenrat für Klimafragen](#) (2025) Zweijahresgutachten 2024.

¹⁰ [Agora Energiewende](#) (2024) Investitionen für ein klimaneutrales Deutschland, S. 8.

¹¹ Aktuelle Studien wie von [Dezernat Zukunft](#) (Dezernat Zukunft (2024) Öffentliche Finanzbedarfe für die Modernisierung Deutschlands) und [Agora Energiewende](#) (Agora Energiewende (2024) Investitionen für ein klimaneutrales Deutschland) wurden zur Ermittlung herangezogen.

¹² Eigene Berechnungen liegen zu Grunde.